



Ausgabe 04/2013

## HINGEHEN ODER NICHT? WÄHL ICH ODER WÄHL ICH NICHT?

### Bundestagswahl 2013

Die Gruppe der Menschen die nicht zur Wahl gehen wird immer größer. Da zwischen CDU/CSU/FDP und SPD/Grüne kaum ein Unterschied in ihrer neoliberalen Politik vorhanden ist, verweigern angesichts der Alternativlosigkeit viele ihre Beteiligung.

Beide Parteien SPD und Grüne sind wie die CDU/CSU und FDP tief verstrickt in die Skandale der letzten Jahrzehnte.

### Skandale ohne Ende

- **Erinnert sei an die „Friedenspolitik“ der SPD /Grünen Koalition, daran dass Schröder und Fischer unser Land zu einem Aggressor gegenüber dem ehemaligen Jugoslawien machten und damit zu einem Krieg führenden Land. Sie schickten Truppen nach Afghanistan. Nicht zu vergessen das Drohnenprogramm der Bundeswehr wurde bereits zur Regierungszeit von SPD und Grünen angeschoben.**
- **Die SPD und die Grünen setzten die Agenda 2010 mit ihren verheerenden Folgen durch, legten die Grundlagen dafür, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird.**
- **Aktuell wurde bekannt, dass diese Regierungskoalition den Weg frei machte für die millionenfache Besspitze durch den BND und den US-amerikanischen NSA. Trotzdem konnte der NSU mordend durch unser Land ziehen.**
- **Das alles und vieles mehr waren Steilvorlagen für die CDU/FDP Koalition, die auf dieser Grundlage bequem weiter machen konnte. Die Folge, Millionen von Niedriglöhnen und Hartz IV-Empfängern stehen einem immer größer werdenden Reichtum weniger gegenüber.**

Ein Regierungswechsel zu SPD/Grüne wird also nichts Wesentliches ändern. **Die Einen wie die Anderen sind Träger dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung.**

**Wir Kommunistinnen machen uns keine Illusionen darüber, ob sich bei Wahlen grundsätzlich etwas an den Macht- und Ausbeutungsverhältnissen ändern wird.**

### Widerstand entwickeln

Aber es gibt Bewegungen, die Widerstand entwickeln für eine bessere, gerechtere Welt. Das ist wichtiger als darauf zu hoffen, dass „die da oben“ es für uns richten.



Es wehren sich in Betrieben Belegschaften gegen prekäre Arbeitsverhältnisse. Der neun monatige Arbeitskampf bei Neupack ist ein Beispiel dafür. Bei Honeywell gab es massiven Widerstand gegen die Einführung eines neuen Arbeitszeitenmodells.

Da gibt es die Blockupy Bewegung die mit ihren Aktionen Proteste organisiert, gegen die europäische Finanzpolitik mit ihrem europaweiten Sozialkahlschlag der Millionen Menschen Europas in Not und Elend stürzt, an einem seiner Ausgangspunkte der EZB in Frankfurt/M.

Da gibt es das Bündnis Umfairteilen, ein 2012 gegründetes Aktionsbündnis aus zahlreichen Gewerkschaften, Sozialverbänden und Nichtregierungsorganisationen in Deutschland, die sich für die sogenannte Reichensteuer einsetzen

um eine Umverteilung des Reichtum von oben nach unten zu erreichen. Mieter schließen sich zusammen. Von zu teuren Mieten und von immer weniger werdenden Sozialwohnungen Betroffene organisieren Mieterdemonstrationen und stellen Forderungen für einen kommunalen sozialen Wohnungsbau auf.

Da gibt es die Bewegung für den Rückkauf ursprünglich an Konzerne wie Vattenfall verschleuderte kommunale Versorgungseinrichtungen, um die Abhängigkeit vom Profitstreben dieser Konzerne zu beenden und durch demokratische Kontrolle unmittelbaren Einfluss auf die Preisgestaltung zu haben.

Es gibt Bewegung die sich gegen Kriege, Neonazismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus wendet.

**Die DKP ist davon überzeugt, dass wirksamer Widerstand nur auf der Straße im außerparlamentarischen Kampf, in breiten Bündnissen erfolgreich sein kann. Aber dieser Widerstand kann durch eine konsequente Opposition im Parlament unterstützt werden.**

### Links wählen

Von allen Parteien im Bundestag ist es allein die Linkspartei die in ihrem Wahlprogramm Forderungen stellt, die im Interesse der von der neoliberalen Politik betroffenen Menschen in unserem Land sind. Sie ist konsequent gegen jede kriegerische Beteiligung der Bundesrepublik, für ein Verbot der NPD und aller neonazistischen Organisationen, Abschaffung der Rente mit 67, für einen gesetzlichen Mindestlohn von € 10.- für eine deutliche Erhöhung der Sozialsätze, für eine stärkere Besteuerung Vermögiger und Spitzenverdiener. Forderungen die wir unterstützen.

Es ist also doch eine Überlegung wert zur Wahl zu gehen.

**Darum empfehlen wir:  
wählt am 22. September  
die Partei „Die Linke“.**



## Hamburger Energienetze in die Öffentliche Hand!

VOLKSENTSCHEID AM 22.9.2013

### Parallel zur Bundestagswahl dürfen wir entscheiden – bleiben unsere Energienetze in der Hand großer Konzerne, oder werden sie wieder städtisch?

Glauben wir der Presse aus den privaten Zeitungskonzernen, kostet die Übernahme der Netze Unsummen, belastet den städtischen Haushalt und lohnt sich nie. Nur linke Spinner und Weltverbesserer würden sowas wollen, aber sicherlich kein vernünftiger Mensch. Noch unsere Kinder würden dafür bezahlen müssen, und es schränkte den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt extrem ein. Außerdem könne es nichts von dem bringen, was die Befürworter uns so erzählten, weiß die Springer-Presse, denn dem Netz sei es ja egal, woher der Strom kommt, der darin fließt.

### Komisch eigentlich – warum wollen Vattenfall und E.on unbedingt etwas behalten, worin man nur Geld versenken kann, ohne dass es einem auch etwas nützt?

Warum pflastern sie Hamburg seit Monaten mit großen Plakaten, die uns im Wesentlichen überzeugen sollen, dass alles gut ist, so wie es ist? Warum geben sie massenhaft Geld aus, um uns unterschwellig zu überzeugen, dass besser weiter die in Hamburg das Licht anknipsen, die das seit langem tun? Vielleicht, weil die Sache eigentlich doch anders ist, als Vattenfall sie darstellt? Weil man mit Energienetzen Geld verdienen kann, statt welches damit zu verbrennen?

Fakt ist: Strom-, Gas- und besonders das Fernwärmenetz werfen im Betrieb sehr viel Geld ab. Denn es sind Monopol-Betriebe. Bedeutet, keiner von uns kann sich aussuchen, durch welche Kabel der Strom in seine Wohnung kommt, er muss die nehmen, die schon da sind. Mit Gas und Fernwärme ist das nicht anders. Das bedeutet auch, dass der, dem diese Netze gehören, die Preise für ihre Benutzung recht einseitig festsetzen kann. Eine Rendite von 10 Prozent auf das eingesetzte Kapital gilt beim Netzbetriebs normal. Viel Geld, das

an Konzernzentralen überwiesen werden kann, raus aus unseren Portemonnaies, raus aus der Stadt. An Aktionäre, irgendwo.

Oder aber, das in der Stadt bleiben kann. Den Kredit zum Rückkauf tilgen oder in andere sinnvolle Verwendungen fließen. Sozialtarife zum Beispiel, damit niemandem mehr der Strom abgestellt werden muss, nur weil der wenig oder kein Geld hat.

Oder den Umbau zu intelligenten Netzen, damit das mit der Energiewende wirklich funktionieren kann. Mehr Kapazität im Pumpspeicherwerk Geesthacht. Die Möglichkeiten wären da, wenn wir es wollten. Und natürlich hat die Stadt das Geld für den Rückkauf nicht „über“.

Aber sie könnte es leihen, und bekäme, neben dem großen Haufen neuer Schulden, auch einen genau so großen Haufen neues Vermögen. Und mit dem, was der Betrieb der Netze abwirft, könnte der Kredit leicht bezahlt werden. Und es bliebe noch Geld für die vielen guten Ideen von weiter oben übrig.

### Dass es den großen Konzernen nur um unser Bestes geht, ist ja klar: Um unser Geld. Sie möchten es weiterhin einsammeln und behalten.

Aber warum will auch der Senat die Netze nicht haben? Gerade in der Wirtschaftskrise, in der es immer schwerer wird, Geld in der Produktion zu investieren, ist es Aufgabe der Regierung, den Kapitalbesitzern Anlagemöglichkeiten zu eröffnen. Da bieten sich solche Bereiche, die früher ganz selbstverständlich in der öffentlichen Hand waren, an.

Aber warum ist der Betriebsrat bei Vattenfall so dafür, dass dieser Privatbetrieb das Netz behält? Sind das nicht die Vertreter der Arbeiter in dieser Firma? Manchmal kann man daran zweifeln. Denn dass sich ein Betriebsrat so eindeutig hinter seinen Chef stellt, kommt eher selten vor. Sowas passiert kaum ohne Grund. Meist ist das schlicht und einfach Angst. Angst vor Veränderung zum Beispiel.

Das las sich in einer Gewerkschaftszeitung neulich dann ungefähr so: Wechselt ein Unternehmen den Besitzer, gehen immer Arbeitsplätze verloren. Und die vom Volksbegehren oft genug erwähnten Synergie-Effekte gibt es nur, wenn aus den einzelnen Verwaltungen von Strom-, Fernwärme- und Gasnetz eine gemeinsame wird, in der dann noch mehr Arbeitsplätze wegfallen: Stimmt. Könnte so sein.

**Aber: Gehören die Netze der Stadt, und werden sie demokratisch kontrolliert,** kann auch demokratisch darüber entschieden werden, wie viele Arbeitsplätze sich ein öffentliches Unternehmen „leisten“ kann. Bedeutet, es geht nicht mehr um Quartalszahlen, die „stimmen“ müssen. Sondern es kann, im Sinne der Angestellten, darüber geredet werden, wie viel Arbeit ein Techniker, ein Verwaltungsangestellter abzuliefern hat. So, dass der es gesund bis zur Rente schafft.

Dass die Stadt nicht immer der bessere Arbeitgeber ist, sieht man daran, dass Bürgermeister Scholz angekündigt hat, jede Tarifierhöhung bei der Stadt über ein Prozent durch Personalabbau gegenzufinanzieren. Was faktisch bedeutet, dass auch die Stadt versucht, die Löhne ihrer Beschäftigten zu kürzen. Schließlich hat sie sich durch die zahlreichen Geschenke an die großen Kapitalbesitzer selbst arm gemacht.

Aber ob die Stadt damit durchkommt, ist genau so offen, wie in jeder anderen Tarif-Auseinandersetzung auch. Und eine Stadt, in deren Säckel städtische Energienetze jedes Jahr Geld bringen, hat es da sicher auch argumentativ schwerer als eine Stadt, der diese Einnahmen fehlen.



Wohnungspolitik**Es ist machbar -  
beim Nachbarn**

Ja, manchmal würde man sich wünschen, es nicht immer schon vorher gewusst zu haben. Dass Hamburg zu wenige preiswerte Wohnungen hat, pfeifen inzwischen die Spatzen von den Dächern. Selbst der Senat hat es gemerkt und will bauen. Ach nein, natürlich nicht. Der Senat will bauen >lassen<. Denn einfach selber bauen, also die stadtseigene Saga-GWG bauen lassen, das wäre ja einfach: Ein städtisches Grundstück der Saga-GWG überschreiben, sie beauftragen, dass Sozialwohnungen drauf gesetzt werden, fertig.

So einfach geht das natürlich nicht. Denn die Stadt hat ja kein Geld, nachdem die Elbphilharmonie fertig gebaut werden muss, die U4 nicht in der Sandkiste enden darf, die HSH-Nordbank wohl doch Geld kostet und was nicht alles noch. Also müssen Grundstücke gegen Höchstgebot auf dem freien Markt verkauft werden. Dass dann eher Luxus- als Sozialwohnungen drauf gebaut werden, ist ärgerlich. Aber so ist das eben.

Gut, es macht sich beim Wähler nicht so gut. Also was macht man? Man schreibt in die Kaufverträge, dass ein Drittel der privat zu bauenden Wohnungen Sozialwohnungen sein sollen. Reicht zwar nicht, klingt aber erst mal ganz gut. Manchmal passieren dann so Dinge wie neulich in Bergedorf. Da hat ein privater „Investor“ ein Grundstück gekauft, um darauf Wohnungen zu bauen. Hat sich auch verpflichtet, dass er da ein Drittel Sozialwohnungen baut.



BZ 8.6.13

Hat dann aber gemerkt, dass bauen ja auch kostet, und, weil er das Geld wohl dringender für andere Sachen brauchte, das Bauland weiter verkauft. Hat einen Kaufvertrag gemacht. Und natürlich >nicht< reingeschrieben, dass von dem, was da gebaut werden soll, ein Drittel Sozialwohnungen

sein müssen. Nun hat ein anderer „Investor“ das Bauland gekauft, der will jetzt wirklich bauen. Aber in seinem Kaufvertrag steht von Sozialwohnungen nichts. Was baut er also? Richtig: Wohnungen, frei finanziert. Schön, groß, und teuer. Sozial, also bezahlbar? Fehlanzeige. Dumm gelaufen. Oder?

Manchmal, denkt sich mensch, wäre es nicht so schlecht in Geesthacht zu wohnen. Da besitzt die Stadt nicht ganz 200 Wohnungen. Also eigentlich nichts im Vergleich zu Hamburg. Aber was macht sie? Gründet, mal eben so, ein kommunales Wohnungsunternehmen. Was soll das machen? Die bestehenden Wohnungen verwalten und erhalten und, man glaubt es kaum, neue Sozialwohnungen bauen. Also mit städtischem Geld auf städtischem Grund Wohnungen bauen, die sich jeder auch leisten kann. Aber so was geht natürlich nur auf dem platten Land, in Hamburg ist das undenkbar.

Oder? Ist das vielleicht auch einfach nicht gewollt? Weil das bedeuten würde, den „Investoren“ den Profit zu schmälern? Weil es natürlich die Mieten auf dem „freien Markt“ drückt, wenn die Stadt bezahlbaren Wohnraum in merklichen Mengen zur Verfügung stellt. Und wer will schon „Investoren“ wehtun? Dieser Senat jedenfalls nicht. Schließlich müssen die „Investoren“ ja irgendwo ihr Geld anlegen können, um Profit zu machen. Da ist der Senat gern bereit, Anlagemöglichkeiten zu schaffen.

### Skandal : Städtische Flächen zum Höchstpreis - Bodenspekulation boomt

Seit 2005 werden private Investoren gegenüber Genossenschaften und sozialen Trägern bevorzugt bei der Vergabe von städtischen Grundstücken. Die Anzahl der Höchstgebotsverfahren hat zugenommen. So haben z.B. Wohnbaugenossenschaften de facto keine Chance, günstigen Mietwohnraum zu errichten.

Mit den Grundstückspreisen ist eine Kernfrage sozialer und demokratischer Stadtentwicklung angesprochen. Ohne grundlegende Veränderung in der Boden- bzw. Grundstückspolitik Hamburgs bleiben auch die vom SPD Senat verkündeten Ziele, 2000 neue Sozialwohnungen jährlich zu bauen, auf der Strecke.

### Forderungen der DKP

- **Stopp des Verkaufs städtischer Flächen!**
- **Immobilien dürfen vor Ablauf von mindestens zehn Jahren nach Erwerb nicht weiterverkauft werden**
- **Zur Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben ist der Großbesitz an Grund und Boden und der Wohnhausbesitz ..... mit mehr als 100 Wohnungen in öffentliches kommunales Eigentum zu überführen.**
- **Die im Eigentum der öffentlichen Hand befindlichen oder von ihr erworbenen Grundstücke dürfen nicht wieder privatisiert werden.**

Aus dem wohnungspolitischen Programm der DKP-Hamburg  
Das Programm online lesen oder bestellen [www.dkp-hamburg.de](http://www.dkp-hamburg.de)

### IMPRESSUM

### Bergedorfer Utsichten

herausgegeben von der

**DKP – Gruppe Bergedorf**

e-mail: [dkp-bergedorf@t-online.de](mailto:dkp-bergedorf@t-online.de)

Tel.: 0176 69 33 33 98

ViSdP: O. Harms,

Magda-Thürey-Zentrum

Lindenallee 72,

20259 Hamburg

Tel. 040 480 49 00

## Neonazis in Bergedorf

### Oder nichts sehen, nichts hören, runter spielen

Das Mahnmal für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Bergedorf wurde durch ein Hakenkreuz



geschändet. Der Täter wurde beobachtet und schnell gefasst. Ein Betrunkener stellt die Polizei fest und rückt diese Tat wie auch andere in die Ecke, dass dieses Taten von betrunkenen oder verwirrten Menschen, auf alle Fälle Taten von Einzelnen sind.

Dass es in Bergedorf eine Neonaziszene gibt, ist nicht erst seit dem Bau der Moschee bekannt. Damals versuchte die NPD unter dem Deckmantel einer Bürgerinitiative Stimmung gegen den Bau zu organisieren. Das das nicht gelang, ist der rechtzeitigen Aufklärung über die Hintermänner durch ein breites Bündnis engagierter Bürger und Organisationen zu verdanken. Mit dieser Niederlage verschwand die Neonaziszene jedoch nicht. Von ihr durchgeführte Infostände wurden regelmäßig unter massiven Polizeischutz und von zahlreichen Protesten begleitet. Kleingartenvereine wurden missbraucht, um als privat getarnte Neonazis Musikveranstaltungen durchzuführen.

Die Szene lebt also. Sichtbar wurde das ganz deutlich bei der Einweihung des Mahnmals gegen die Zwangsarbeit im September 2012, als ein aus der Neonaziszene stammender Mann den anwesenden polnischen ehemaligen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen Reizgas in die Augen sprühte. Erstaunlich die Reaktion des offiziellen Hamburg, es handle sich um einen psychisch Gestörten. Diese Version wurde ohne weiteres hinterfragen dankbar auch von der Bergedorfer Zeitung aufgenommen.

Abgesehen davon dass die Gerichtsverhandlung gegen den Täter, erst nach Intervention der Nebenkläger, jetzt nach einem Jahr stattfinden wird, ist die Reaktion des offiziellen Berge-

dorf bis hin zu Bürgermeister Scholz „das sind alles verwirrte Einzeltäter“. Durch diese Haltung wird gewollt oder ungewollt der Naziszene ein Freibrief ausgestellt, werden die Morde und Opfer der Neonazis verhöhnt.

**Auch wenn es manchmal Taten von Einzelnen sind, die rassistische Nazi-propaganda bereitet den Boden dafür vor.**

Im Fernsehen konnten wir alle die faschistoiden Proteste verfolgen, die es in diesen Tagen in Berlin Hellersdorf gegeben hat, und zwar gegen Flüchtlinge die dort untergebracht werden sollten. So etwas kann uns demnächst auch in Billwerder-Moorfleet passieren. Auch hier sollen Menschen aufgenommen werden, die auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung eine neue Bleibe suchen. Diese Menschen benötigen unser Verständnis und unsere Solidarität damit nicht so etwas wie in Berlin passiert, auch in Moorfleet waren bereits Neonazis tätig um die Volksseele anzuheizen. Denn der Schoß ist fruchtbar noch.

Und deswegen gibt es in Bergedorf ein Rathausbündnis und ein Antifaschistisches Bündnis Bergedorf, die aktiven Widerstand organisieren und Aufklärung leisten gegen Neonazis und ihre Ideologie. Auch in diesem Jahr wird es in Bergedorf eine Woche des Gedenkens vom 29.10. bis zum 10.11. mit einer Vielzahl von aufklärenden Veranstaltungen geben.

#### Die Polizei „Ihr Freund und Helfer“

*Eine Kundgebung der Nazis am Hamburger Hauptbahnhof am 13.8. drohte zu scheitern, nicht wegen der anwesenden Antifaschisten, sondern daran, dass einige der Nazi-Akteure im Stau steckten. Die Polizei, bot flugs einen Ausweichort an, der offensichtlich besser zu erreichen war, und zwar in Bergedorf.*

### UmFairteilen – Reichtum besteuern

Durch eine Vermögenssteuer und eine einmalige Vermögensabgabe der Superreichen und mittels konsequenten Kampfes gegen die Steuerflucht und Steueroasen können die Einnahmen des Staates erhöht werden. Dieses Geld soll für soziale Aufgaben zu Verfügung stehen. Außerdem soll die Verschuldung des Staates abgebaut werden.

### Vorstellbar ist für Bergedorf und Hamburg:

- Eine bessere Versorgung durch genügend Personal bei Behörden und Bezirksämtern
- Ausbau notwendiger sozialer, kultureller und anderer Angebote
- Ein attraktives, bürgernahes Museum im Bergedorfer Schloss
- Solide Finanzierung der Bürgerhäuser in Bergedorf
- Stabile Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit
- Gute Ausstattung von Schulen mit Kantinen, Räumen und Lehrern
- Unterstützung für die Fachhochschulen
- Eine würdige Alten- und Krankenpflege

*Diese Aufzählung ist dem Bergedorfer Demonstrationsaufruf entnommen.*

Das alles sind Maßnahmen, die jeder verständige Mensch unterstützen kann. Aber warum verhindern die von CDU/CSU und FDP geführte Bundesregierung und der SPD-geführte Hamburger Senat deren Umsetzung, indem sie weiterhin auf eine Vermögensabgabe verzichten und die Steuern für Betriebe und deren Besitzer, die Superreichen in diesem Land, ständig weiter senken und damit den Staat bewusst arm machen? Weil sie nicht für uns alle da sind, sondern als Handlanger der Kapitalbesitzer wirken. So ist das in der Klassengesellschaft.



Die Regierung ist - wie Marx und Engels im Kommunistischen Manifest schreiben – nichts anderes als ein „Ausschuss, der die gemeinhaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“ Wenn wir wollen, dass sich das ändert, müssen wir Druck machen. Vorbereitet wird aktuell von dem Bündnis UmFairteilen eine **Demonstration am 07. 09. 2013 in Hannover, unter dem Motto „Gute Arbeit, Sichere Rente, Soziales Europa, Aktiver Staat“.**

Wir Kommunisten sind dabei.